

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: E. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 10. Dezember 1932

36. Jahrgang

Nummer 50

Zeilergebnisse aus Geschäftsberichten

von einigen Aktiengesellschaften in der Steinindustrie

Bajalt A.-G., Binn a. Rh.

| Arbeiterzahl | in Tonnen | Abfah | pro Arbeiter |
|--------------|-----------|-----------|--------------|
| 1913 | 4034 | 1 887 000 | 467,8 Tonnen |
| 1928 | 4040 | 2 015 000 | 498,8 Tonnen |
| 1929 | 3232 | 1 753 000 | 542,4 Tonnen |
| 1930 | 2605 | 1 686 000 | 647,2 Tonnen |
| 1931 | 2150 | 1 500 000 | 697,7 Tonnen |

Seit 1913 sank die Arbeiterzahl um 46,7 Prozent; in der gleichen Zeit stieg der Abfah pro Arbeiter um 49,1 Prozent. Für 1931 bezogen die Vorstandsmitglieder 84 150 RM. Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben auf die ihnen sachungsgemäß zustehende Vergütung bereits seit mehreren Jahren verzichtet.

Ueber Löhne und Gehälter liegen keine Angaben vor.

Bayer. Granit A.-G., Regensburg.

Ueber die Höhe der jährlichen Umsätze liegen keine Angaben vor. Der Bericht für 1931 konstatiert, daß der Umsatz gegen das Vorjahr um 54 Prozent zurückgegangen ist. Auch der Bericht über 1930 klagte schon über Abfahrückgang. Um einen kleinen Anhalt für den Geschäftsverlauf zu geben, lassen wir die Geschäftskosten seit 1927 folgen:

| 1927 | 1928 | 1929 | 1930 | 1931 |
|---------|---------|---------|---------|---------|
| 117 857 | 127 902 | 146 497 | 153 083 | 117 253 |

Vorstand und Aufsichtsrat bezogen für das Geschäftsjahr 1931 21 000 RM.

Ueber die Zahl der Beschäftigten liegen keine Angaben vor.

Dolerit-Bajalt A.-G., Röh.

| 1924 | 1925 | 1926 | 1927 | 1928 | 1929 | 1930 | 1931 |
|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| 347 689 | 480 021 | 641 021 | 761 740 | 794 359 | 700 592 | 643 960 | 496 360 |

Von 1928 bis 1931 ging der Abfah um 37,5 Prozent zurück. Ueber die Zahl der Beschäftigten liegen leider keine Angaben vor.

Geschäftskosten in Reichsmark:

| 1928 | 1929 | 1930 | 1931 |
|---------|---------|---------|---------|
| 188 823 | 160 645 | 141 682 | 131 018 |

Die Geschäftskosten sanken von 1928 bis 1931 um 30,6 Prozent. Die Bezüge des Vorstandes betragen für 1931: 39 000 RM., die Vergütungen der Aufsichtsratsmitglieder 11 250 RM. (Der Aufsichtsrat besteht aus 7 Personen.)

Eisfelder Steinwerke.

| Arbeiterzahl | in Tonnen | Abfah | pro Arbeiter |
|--------------|-----------|---------|---------------|
| 1930 | 553 | 630 662 | 1142,2 Tonnen |
| 1931 | 320 | 400 000 | 1250,0 Tonnen |

Seit 1930 sank die Arbeiterzahl um 42,1 Prozent; der Abfah pro Arbeiter stieg um 9,4 Prozent.

Der Vorstand bezog für 1931: 17 600 RM., der aus 5 Personen bestehende Aufsichtsrat 6000 RM.

Die Summe der Löhne und Gehälter ist aus dem Bericht nicht ersichtlich.

Hohburger Quarz-Phosphor-Werke A.-G.

Umsatz- und Beschäftigungsziffern sind in den Geschäftsberichten nicht enthalten. Der Bericht für 1931 registriert gegen das Vorjahr einen wertmäßigen Umsatzrückgang um 28,5 Prozent. Für 1931 bezog der Vorstand 26 400 RM. und der aus 9 Personen bestehende Aufsichtsrat 11 000 RM.

Mitteldeutsche Hartstein-Industrie A.-G.

Umsatz- und Beschäftigungsziffern fehlen. Verwaltungskosten und soziale Lasten mögen einen Anhalt für den Geschäftsverlauf bieten.

Verwaltungskosten in Reichsmark:

| 1929 | 1930 | 1931 |
|---------|---------|---------|
| 617 517 | 570 542 | 314 431 |

Soziale Lasten in Reichsmark:

| 1929 | 1930 | 1931 |
|---------|---------|--------|
| 182 843 | 124 343 | 96 136 |

Die sozialen Lasten gingen von 1929 bis 1931 um 47,4 Prozent zurück. Ähnliche Rückgänge werden demzufolge Beschäftigung und Abfah aufweisen. Ueber die Vergütung des Vorstandes und des Aufsichtsrates schweigt sich der Bericht für 1931 auch aus.

Odenwälder Hartstein-Industrie A.-G.

Löhne und Gehälter für 1931: 975 369 RM. Vorstands- und Aufsichtsratsbezüge: 52 655 RM. Versicherung der Vorstandsmitglieder: 10 642 RM.

Der zur Verteilung gebrachte Gewinn betrug in Reichsmark:

| 1927 | 1928 | 1929 | 1930 | 1931 |
|---------|---------|---------|--------|--------|
| 210 643 | 126 056 | 156 320 | 66 720 | 73 115 |

In den letzten 5 Jahren gelangten demnach 632 854 RM. zur Verteilung. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 1 332 000 RM. Ueber die Jahresumsätze und die Zahl der Beschäftigten liegen keine Angaben vor. Die Berichte für 1930 und 1931 verzeichnen lediglich wesentliche Abfahrückgänge.

Palz-Saarbrüder Hartsteinindustrie A.-G.

In diesem Unternehmen ging der Abfah gegen das Vorjahr zurück:

| 1929 | 1930 | 1931 |
|------|------|------|
| 1929 | 1930 | 1931 |

so daß sich gegen das Jahr 1928 ein Ausfall von 180 000 Tonnen ergibt. Ueber die Höhe des Abfahes von 1928 liegen keine Angaben

vor, auch nicht über die Zahl der Beschäftigten. Gewisse Schlüsse lassen sich ziehen aus den Abgaben für Sozialversicherungen:

1930: 88 787 RM., 1931: 72 836 RM.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes betragen für 1931: 7920 RM. Der Aufsichtsrat hat auf die ihm sachungsgemäß zustehende Lantime verzichtet. (Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sind auch noch an anderen Tochtergesellschaften der Bajalt A.-G., Binn am Rhein, beteiligt.)

Rhein-Westfälische Kalkwerke A.-G.

| | Rohmaterial | Abfah in Tonnen | Gebrannte Erzeugnisse |
|---------|-------------|-----------------|-----------------------|
| 1929/30 | 1 004 000 | | 814 000 |
| 1930/31 | 628 000 | | 586 000 |
| 1931/32 | 459 000 | | 392 000 |

Seit 1929 beträgt der Abfahrückgang in Rohmaterial 54,3 Prozent, in gebrannten Erzeugnissen 59,9 Prozent.

Ueber die Zahl der Beschäftigten liegen keine Angaben vor, doch lassen sich aus der Lohnsumme diesbezügliche Schlüsse ziehen. Für Löhne und Gehälter wurden ausgegeben 2 164 594 RM. Nach Angaben der Steinbruchsberufsgenossenschaft beträgt der Durchschnittslohn eines Vollarbeiters für 300 Arbeitstage im Jahre 1931 2026 RM. Die Zahl der beschäftigten Vollarbeiter beträgt daher schätzungsweise 1069.

Die Gesamtbezüge für 4 Vorstands- und 11 Aufsichtsratsmitglieder betragen im Jahre 1931: 159 624 RM., es entfallen also auf jedes Vorstands- und Aufsichtsratsmitglied durchschnittlich 10 642 RM. (Natürlich erhielten die Vorstandsmitglieder entsprechend mehr und die Aufsichtsratsmitglieder entsprechend weniger.) Im ganzen ergibt sich folgendes prozentuale Bild:

| | der Empfänger | der ausgezahlten Summe |
|---|---------------|------------------------|
| 1069 Vollbeschäftigte | 99,6 | 93,1 |
| 15 Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder | 1,4 | 6,9 |
| | 100,0 | 100,0 |

Kapitalismus oder Planwirtschaft?

Man weiß noch nicht, wie das kapitalistische Wirtschaftssystem diese schwersten aller Krisen überleben wird. Sicher aber ist es, daß es diesem Zusammenbruch auf allen Gebieten nur stark beschädigt zu entrinnen vermag. Krisenzeiten sind der günstigste Boden, Projekte aller Art entstehen zu lassen. Man weiß, daß über einzelne Teile des kapitalistischen Wirtschaftssystems zahlreiche Verbesserungen vorgeschlagen wurden. Die Zahl der Projekte bezüglich der Währungsreformstellung wird auf 20 000 geschätzt. Auch sonst sind eifrige Leute an der Arbeit, ihren Bestand an Gehirnsmalz für eine bessere Wirtschaftsordnung einzusetzen. Neben dieser Projektspielerei hat aber die sozialistische Wissenschaft ernst gemeinte und durchaus realisierbare Pläne zum Ausbau der Versorgung der Menschheit mit Wirtschaftsgütern entworfen. Sie war dazu berufen, weil sie nicht im blinden Nebel fruchtloser Agitation arbeitet, sondern sich auf eine 60jährige, intensive Forschungsarbeit stützen kann. Dem stehen auch praktische Erfahrungen auf allen Gebieten zur Seite. Die Forderung nach sozialistischer Planwirtschaft muß doch nicht von der Hand zu weisen sein, sonst würden sich nicht die besten Köpfe der kapitalistischen Wirtschaft mit ihr auseinandersetzen. In den letzten Jahren ist eine ansehnliche Literatur über die Zukunft des Kapitalismus entstanden.

Der Präsident des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes und Mitglied des Verwaltungsrats der Internationalen Handelskammer, Dr. Georg Solmsen, hat kürzlich im Institut für Wirtschaftswissenschaften in Frankfurt a. M. einen Vortrag über das Thema Kapitalismus oder Planwirtschaft gehalten. Es lohnt sich, einiges aus der Verteidigungsrede dieses Vertreters des Kapitalismus festzuhalten. Solmsen sieht in der Verfallung der wirtschaftlichen Folgerichtigkeit des Kapitalismus durch die Politik den Ausgang allen Übels. Nach seiner Meinung hat der Kapitalismus die Aufgabe gelöst, immer größere Kreise der Menschheit an der Entwicklung der Technik teilnehmen zu lassen. Erst die Zusammenfassung kleiner Einzelbetriebe zu großen Kapitalsummen schuf die Voraussetzungen dafür, Aufgaben größten Stils wie Erschließung der wirtschaftlichen Möglichkeiten von Ländern, und Erdteilen, in Angriff zu nehmen. Nach Solmsen hat das Kriegsschuldenproblem zur Verwirrung des weltwirtschaftlichen kapitalistischen Systems geführt. Der Schuldbetrag in Höhe von 210 Milliarden Goldmark belastet die Weltwirtschaft und ruht wie eine erste Hypothek auf jedem Produkt, das die mit diesen Schulden behafteten Staaten erzeugen. Darin kann man dem Redner durchaus zustimmen; es muß aber dabei beachtet werden, daß die Personen, die für den Krieg und seine Folgen verantwortlich sind, Vertreter der kapitalistisch-imperialistischen Wirtschaftspolitik waren. Wer die Expansionsstrebungen der großkapitalistischen Staaten gefördert hat, muß auch die Verantwortung für die Folgen einer solchen Politik übernehmen. Ein Ablenkungsversuch allerhöchster Art ist es, die Massenarbeitlosigkeit in der Welt auf die Verfallung des kapitalistischen Systems durch die Politik zurückzuführen. Richtig ist es, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Länder mit allen Mitteln zu erstreben, wofür die Technik so außerordentliche Voraussetzungen geschaffen hat. Wenn aber Solmsen ausführt, daß hierzu planwirtschaftliche Systeme nicht geeignet seien, so muß darauf hingewiesen werden, daß die egoistische, kapitalistische Nationalwirt-

schaft mit all ihren Folgen zur Zerreißung der Weltwirtschaft geführt hat.

Die Vorschläge der Gewerkschaften und der sozialistischen Partei fordern vor allem Planwirtschaft auf dem Gebiete der Kreditwirtschaft. Mit Recht werden die Auswüchse der verfallenen Hochkonjunkturperiode und die Verschärfung der nachfolgenden Krise auf die planlose Lenkung des Kapitalstroms zurückgeführt. Hiergegen wendet sich Solmsen und verweist dabei auf eine Enquete des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, die nachweise, daß die gegebenen Kredite dem Verhältnis von Kreditgröße und Kredithöhe entsprochen haben. Einen Gedankenfehler der Planwirtschaftler sieht Solmsen darin, daß sie die Erfahrungen von Monopolbetrieben auf Wirtschaftszweige anwenden wollen, die monopolistisch gar nicht betrieben werden könnten, wenn man nicht aus Deutschland eine Kaserne oder ein Zuchthaus machen wolle. Die sozialistische Planwirtschaft zielt keineswegs darauf ab, etwa das Freigewerbe, die kleinen Schuhmachereien oder ähnliche Wirtschaftszweige zu verstaatlichen oder zu sozialisieren. Daß aber die Verstaatlichung der Großbetriebe, der Banken, des Bergbaues, der Eisenindustrie usw. ein wesentlicher Schritt zur Beseitigung der Planlosigkeit ist, wird auch Solmsen im Ernst nicht bestritten können. Ein stichhaltiges Argument gegen die Planwirtschaft sieht Solmsen in der Eigenverantwortlichkeit der Betriebsführung. Er gibt aber im selben Augenblick folgendes zu: „Der Kapitalismus der Gegenwart ist in solchem Umfang über die privatwirtschaftlichen Interessentkreise hinausgewachsen, daß die Allgemeinheit ein Recht hat, zu fordern, die Führung der privatwirtschaftlichen Gebilde im Einklang mit den Bedürfnissen des Allgemeinwohls zu bringen.“ Das ist eigentlich die beste Beweisführung für eine schärfste Lenkung des gegenwärtigen Wirtschaftssystems!

Es berührt eigentümlich, von einem Manne wie Solmsen zu hören, daß der Weltlauf mit dem politischen Lohn die Unternehmern gezwungen habe, die Rationalisierung der Betriebe vorzunehmen. Wer einen Namen hat, sollte es vermeiden, sich auf Allgemeinplätzen zu tummeln. Daß im Bereiche der kapitalistischen Wirtschaft nicht alles eitel Wonne ist, beweist Solmsen durch die Forderung nach Reinlichkeit der Wirtschaft und der Ehrbarkeit des deutschen Kaufmanns. Hierzu stellt er bestimmte Theesen auf. Wenn außergewöhnliche Mißstände auf dem Gebiete der Reinlichkeit und Ehrbarkeit nicht vorhanden wären, würde es solcher Maßnahmen nicht bedürfen.

Bei näherer Betrachtung stellt sich die Untersuchung Solmsens als eine Mohrenwäsche des Kapitalismus heraus. Sicher ist der Kapitalismus von heute nicht mehr der, der er in seiner Sturm- und Drangperiode war. Große Teile der Wirtschaft sind bereits der privatwirtschaftlichen Einflußnahme und Betriebsführung entzogen. Es ist absolut nicht einzusehen, daß die Vergesellschaftung, die auf dem Gebiete der Eisenbahn, des Verkehrswesens, der Versorgungsbetriebe von Elektrizität, Gas und Wasser und auf anderen Gebieten erfolgreich durchgeführt ist, nicht auch auf weitere Zweige der Großindustrie, des Geldwesens, des Verkehrs usw. ausgedehnt werden könnte. Konsumgenossenschaften, Staatsbanken, Arbeiterbanken und soziale Baubetriebe zeigen, wie die Gemeinwirtschaft auch auf anderen Gebieten durchgeführt werden kann. Wir sind überzeugt,

Sächs. Granit-A.-G. vorm. C. G. Runath.

| Abfah: | 1926: 380 000 Tonnen | 1929: 365 000 Tonnen |
|--------|----------------------|----------------------|
| | 1927: 435 000 Tonnen | 1930: 245 000 Tonnen |
| | 1928: 340 000 Tonnen | 1931: 185 000 Tonnen |

1931 wurden gezahlt an Löhnen rund 1 520 000 RM., an Gehältern 175 000 RM., an Vorstandsbezügen 47 200 RM., an Aufsichtsratsanteile 9600 RM.

Nach der Lohnsumme zu urteilen wurden 1931 rund 750 Vollarbeiter (zu 300 Arbeitstagen) beschäftigt. 1925 beschäftigte die Firma 1700 Arbeiter und Angestellte. Wird die gleiche Beschäftigtenziffer auch für 1926 angenommen, so stieg der Jahresabfah pro Arbeiter von 223 auf 247 Tonnen.

Solnhöfer Aktien-Verein.

Für 1931 betragen die Löhne und Gehälter 294 603 RM., die Bezüge der Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates 71 600 RM. Vorstand und Aufsichtsrat bestehen aus 9 Personen. Unter Zugrundelegung der Beschäftigtenziffern der Steinbruchsberufsgenossenschaft beschäftigte die Firma 1931 circa 145 Vollarbeiter.

| | der Empfänger | der ausgezahlten Summe |
|--|---------------|------------------------|
| 145 Arbeiter u. Angestellte | 94,2 | 80,5 |
| 9 Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder | 5,8 | 19,5 |
| | 100,0 | 100,0 |

Alles in allem — ein katastrophales Rationalisierungsergebnis für die Arbeiterchaft. Erhöhung der Einzelleistungen bei enormem allgemeinem Abfahrückgang und hierzu im schreienden Gegensatz befindliche Arbeitslöhne und Vergütungen für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaften. Dazu das größte Übel: die entsetzliche Arbeitslosigkeit, deren Beseitigung das Hauptfordernis der Gegenwart ist. Und wodurch? Durch Arbeitsbeschaffung. Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand, nachdem, wie nicht anders zu erwarten war, die Privatinitiative völlig versagt hat. Statt Subventionierung in allen möglichen Gestalten, Herausgabe von Aufträgen in mindestens gleicher Höhe. Dann wird eine Belebung die andere nach sich ziehen und eine allgemeine Besserung der wirtschaftlichen und damit auch der politischen Verhältnisse die Folge sein. E. W.

daß die sozialistische Planwirtschaft eine solche Krisenkatastrophe wie die gegenwärtige nicht durchzuführen brauchte. Deshalb sollten wir nicht warten, sondern an eine Umformung des Kapitalismus mit Eifer herangehen.

In diesem Zusammenhang verdient auch der Leitartikel im vorliegenden „Steinarbeiter“ eingehende Beachtung in Kollegenkreisen.

Der Weg zur Überwindung der Arbeitslosigkeit

Ergebnislosigkeit des Anfordungsprogramms der Regierung von Papen — Forderungen der Gewerkschaften

Der Reichswehrminister von Schleicher hat am 28. November Vertreter des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu sich gebeten. In der Besprechung, an der Theodor Leipart und Wilhelm Eggert teilnahmen, wurden die vordringlichsten wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen erörtert. Die Vertreter der Gewerkschaften haben als die wichtigste Aufgabe die Arbeitsbeschaffung im Wege öffentlicher Arbeiten bezeichnet und außerdem erneut die Aushebung der lohnpolitischen Bestimmungen der Notverordnung vom 5. September gefordert. Sie haben sich auch für eine unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten durchgeführte Siedlung eingesetzt. Auf Wunsch des Reichswehrministers hat sodann Theodor Leipart im Namen des Bundesvorstandes am 29. November die Forderungen des ADGB schriftlich dargelegt und begründet. Das Schreiben an den Reichswehrminister (Anmerkung der Redaktion: Dem bekanntlich am 3. Dezember vom Reichspräsidenten auch das Reichszentralamt übertragen wurde.) lautet:

„Sehr geehrter Herr Minister, unter Bezugnahme auf die gestrige mündliche Besprechung erlaube ich mir hiermit, Ihrem Wunsch gemäß unsere Auffassungen zu den mündlich behandelten Fragen wie folgt schriftlich mitzuteilen:

1. Die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September 1932 ist außer Kraft zu setzen. Die in der Verordnung vom 4. September 1932 für Neueinstellungsprämien zur Verfügung gestellten 700 Millionen Reichsmark sind unverzüglich zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten zu verwenden.

Nach den Erhebungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sind im ganzen Reich in 943 erfassten Betrieben, die vorher 191 669 Arbeitskräfte beschäftigten hatten, nach der Verordnung vom 5. September 42 218 Arbeitskräfte neu eingestellt worden. Diese Angaben beruhen auf der Berichterstattung von 19 Zentralverbänden. Sie sind nach unserer Überzeugung umfassend genug, um daraus folgern zu können, daß der Anreiz der Prämien-Steuerergütischeine keinerlei nennenswerte Wirkung gehabt hat. Von unseren übrigen 11 Verbänden konnten Neueinstellungen überhaupt nicht festgestellt werden. Der größere Teil der Neueinstellungen entfällt auf die Textilindustrie (15 169) sowie auf die Metallindustrie und den Bergbau (12 638). Daß nennenswerte Fälle von Neueinstellungen der Berichterstattung unserer Verbände entgangen sein könnten, halten wir angesichts unserer weitverbreiteten Organisation mit ihren über 13 000 Verwaltungsstellen und rund 100 000 Betriebsräten für ausgeschlossen.

Das in der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 5. September vorgeordnete Recht der Unternehmer, die Löhne für die 31. bis 40. Stunde zu kürzen, hat eine große Beunruhigung in den Betrieben und zahlreiche Streits verursacht, obwohl ein großer Teil der Unternehmer auf die Ausnutzung dieses Rechts von vornherein verzichtet hat. In der Praxis hat sich dieser Teil der Verordnung als undurchführbar erwiesen. In 399 Betrieben mit 108 869 Beschäftigten hat die Belegschaft die Lohnkürzung abwehren können. Hierbei haben in vielen Fällen die Schlichtungsinstanzen mitgewirkt und den Arbeitern recht gegeben. Arbeitsstellen fanden in 81 Betrieben statt. Immerhin sind in 544 Betrieben mit 125 018 Beschäftigten die vorher schon wiederholt gekürzten Löhne nochmals reduziert worden.

2. Die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden muß unverzüglich als gesetzliche Maßnahme durchgeführt werden.

Die Verordnung vom 5. September sollte bei den Arbeitgeber einen Anreiz für die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden schaffen. Die Berichterstattung unserer Verbände zeigt, daß auch in dieser Hinsicht das System des Anreizes vollständig versagt hat. In den Betrieben, die von der Verordnung Gebrauch gemacht haben, blieb die Arbeitszeit unverändert

| in Fällen | für Beschäftigte |
|-----------|------------------|
| 528 | 129 811 |
| 250 | 58 117 |
| 165 | 45 959 |

Verlängerte Arbeitszeit und Überstunden über 40 Wochenarbeitsstunden hinaus können angesichts der Massenarbeitslosigkeit nicht länger geduldet werden.

3. Das System der Steuerergütischeine ist dahin umzugestalten, daß entsprechende Steuerergütischeine als Grundlage für die Finanzierung öffentlicher Arbeiten verwendet werden können.

Die bisherige Auswirkung des Systems der Steuerergütischeine läßt zwei Tatsachen unstreitig erkennen: Es hat sich insofern bewährt, als es bewiesen hat, daß eine öffentliche Kreditbeschöpfung in gewissen Grenzen möglich ist und mit keiner Inflationsgefahr verbunden ist; es hat insofern versagt, als es eine fühlbare Erweiterung der Produktion und Verringerung der Arbeitslosigkeit nicht geleistet hat. Der größte Teil der jetzigen Steuerergütischeine verwandelt sich weder in Kapital noch in Kaufkraft, während ihre Verwendung zur öffentlichen Arbeitsbeschaffung im Sinne der Vorschläge des Vorl. Reichswirtschaftsrats vom 12. März 1932 durch die Gemeinden und andere öffentliche Körperschaften eine wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit voraussetzen läßt. Mit ihrer Hilfe kann auch die in letzter Zeit in den Hintergrund gedrängte Siedlungstätigkeit wieder stärker gefördert werden.

Diese von uns angeregten Maßnahmen würden etwa 1 1/4 Milliarden Mark ohne geringste Inflationsgefahr für die vom ganzen Volke ersehnte Arbeitsbeschaffung frei machen und die Wiederbeschäftigung von einer Million Arbeitslosen unverzüglich ermöglichen. Damit wäre immerhin ein sichtbarer Anfang einer ernsthaften Arbeitsbeschaffung gemacht.

4. Die durch die früheren Verordnungen herbeigeführten Verschlechterungen der Sozialleistungen müssen im Rahmen der Möglichkeit rückgängig gemacht werden;

Die Versorgung der Arbeitslosen muß namentlich in dem bevorstehenden Winter ausreichend verbessert werden;

jeder weitere Angriff auf die Löhne und die Rechte der Arbeiter muß unterbleiben;

Die Unabhängigkeit der Tarifverträge, die durch die Verordnung vom 5. September aufgehoben war, muß für die Zukunft unangefastet bleiben.“

Die Invalidenversicherung der Arbeitslosen

Bekanntlich sind die Arbeitsämter nach den näheren Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes verpflichtet, Beitragsmarken zur Invalidenversicherung der Arbeitslosen zu verwenden. Die hier in Frage kommenden Bestimmungen sind durch die Notverordnungen der letzten Zeit noch verschiedentlich geändert worden. Als Grundsatz gilt heute folgende Vorschrift: „Aus Mitteln der Reichsanstalt sind für die Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftliche Pensionsversicherung der Arbeitslosen für die Zeit des Bezuges der Hauptunterstützung die Beiträge (Anerkennungsgebühren) zu entrichten, die zur Erhaltung der Anwartschaften notwendig sind.“ Der Hauptpunkt hier ist die Worte „für die Zeit des Bezuges der Hauptunterstützung“, die nach der bisherigen Rechtslage, die noch durch eine besondere Entscheidung des Reichsversicherungsamtes erhärtet war, war es möglich, daß zur Erhaltung der Anwartschaft etwa noch fehlende Beiträge, auch für die vorhergehende Zeit des laufenden Anwartschaftsraumes aus Mitteln der Reichsanstalt entrichtet werden konnten. Durch die „Verordnung zur Vereinfachung und Verebilligung der Arbeitslosenversicherung vom 21. März 1932“ ist die Rechtslage — zum Nachteil der Versicherten — anders geworden. Es dürfen jetzt nur noch Beiträge für die Zeit entrichtet werden, für die der Arbeitslose wirklich Hauptunterstützung erhält. In einer Entscheidung vom 19. August 1932 hat das bereits erwähnte Reichsversicherungsamt

diese Meinung ausdrücklich nochmals bestätigt. Es heißt in dieser Entscheidung (IIIa Nr. 2332): „Auf Grund der neuen Fassung des § 129 WVG sind von der Reichsanstalt Beiträge zur Erhaltung der Anwartschaft des Arbeitslosen in der Invaliden- und Angestelltenversicherung nur noch für die Zeit des Bezuges der Hauptunterstützung zu entrichten, also nicht für eine vor dem Beginn oder nach dem Ende des Bezuges der Hauptunterstützung liegende Zeit.“ Diese Entscheidung ist in ihrer Auswirkung so klar, daß auf ihre Auslegung wohl nicht weiter eingegangen zu werden braucht. Die erwähnte Entscheidung hat noch folgende Rechtsgründe aufgestellt: „Für die Zeit des Bezuges der Hauptunterstützungen sind demnach nicht lediglich Beiträge zu den Rentenversicherungen zu leisten. Die Pflicht der Reichsanstalt beginnt vielmehr frühestens von dem Zeitpunkt ab, der soviel Beitragswochen oder Beitragsmonate vor dem Ende des Anwartschaftszeitraumes liegt, als zur Erhaltung der Anwartschaft mindestens gedeckt sein müssen. Sind für den Anwartschaftszeitraum bereits Beitragswochen nachgewiesen, so schiebt sich der Beginn um die bereits gedeckte Zeit hinaus.“ Hieraus geht hervor, daß nur die Beiträge entrichtet werden, die zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft unbedingt notwendig sind. Weiter be legt die erwähnte Entscheidung: „Scheidet der Arbeitslose vor Ablauf der hiernach spätestens zu deckenden letzten Wochen des Anwartschaftszeitraumes aus dem Bezuge der Hauptunterstützung aus, so hat auch in diesem Falle die Reichsanstalt nur Beiträge für die Zeit vom Beginn der entsprechenden letzten Wochen des Anwartschaftszeitraumes bis zum Ausscheiden aus dem Bezuge der Hauptunterstützung zu entrichten.“

Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist in „Fällen besonderer Härte“ das Arbeitsamt verpflichtet, Beiträge auch über das Mindestmaß hinaus zu entrichten. Ganz besonders gilt dies dann, wenn zur Erfüllung der Wartezeit nur noch eine geringe Anzahl von Markten erforderlich ist. Das Arbeitsamt ist hierzu verpflichtet. Allerdings kann diese erweiterte Marktenverwendung nur auf besonderen Antrag des Arbeitslosen geschehen.

Es ist hierzu noch eine Ausführungsanweisung erlassen. Diese besagt, daß ein Fall von besonderer Härte dann vorliegt, wenn der Versicherungsfall (beispielsweise Erreichung des Rentenalters) während der Arbeitslosigkeit eintritt und zur Erfüllung der Wartezeit höchstens noch Beiträge für 20 Wochen fehlen. Für eine längere Zeit, als der Arbeitslose Unterstützung bezieht, dürfen jedoch Beiträge nicht entrichtet werden. Nach einer Entscheidung vom Jahre 1931 (E 4145) ist jedoch ein Fall besonderer Härte im Sinne des § 129 nicht anzunehmen, wenn der Versicherte es unterlassen hat, seinerseits alles zu tun, um durch eigene Beitragsleistung die Wartezeit zurückzulegen. Die oben erwähnte Entscheidung vom 19. August 1932 hat sich auch mit der Auslegung des Begriffs „besonderer Härte“ in dieser Beziehung beschäftigt. Es ist dabei folgender Rechtsgrund angegeben: „Daß der Arbeitslose bereits die Wartezeit der Invalidenversicherung erfüllt hat und seine Anwartschaft zu erlöschen droht, wenn keine weiteren Beiträge geleistet werden, rechtfertigt noch nicht ohne weiteres die Annahme, daß es sich um einen Fall besonderer Härte im Sinne des § 129 WVG handelt.“

Der deutsche Arbeitsmarkt während der Krise

1. Die sichtbare und unsichtbare Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitsämter berichten monatlich über die Zahl der verfügbaren Arbeitslosen im Reich. Nach ihren Berichten soll die Arbeitslosigkeit seit Ende Februar etwa um 1 Million zurückgegangen sein. Die Arbeitsämter zählten nämlich am Monatsende:

| Monat | Arbeitslose |
|-----------|---------------|
| Februar | 6,1 Millionen |
| März | 6,0 Millionen |
| April | 5,7 Millionen |
| Mai | 5,6 Millionen |
| Juni | 5,5 Millionen |
| Juli | 5,4 Millionen |
| August | 5,2 Millionen |
| September | 5,1 Millionen |

Etwa bis Ende Mai konnte es sich hier um eine saisonmäßige Erholung der Wirtschaft handeln. Seit Juni soll der konjunkturelle Umschwung eingetreten sein, und die Regierungspresse bemüht sich zu beweisen, daß dieser Umschwung auf den neuen politischen Kurs zurückzuführen ist, der durch die Wiederkehr des Vertrauens die Wirtschaftsbelebung erzeugt hat.

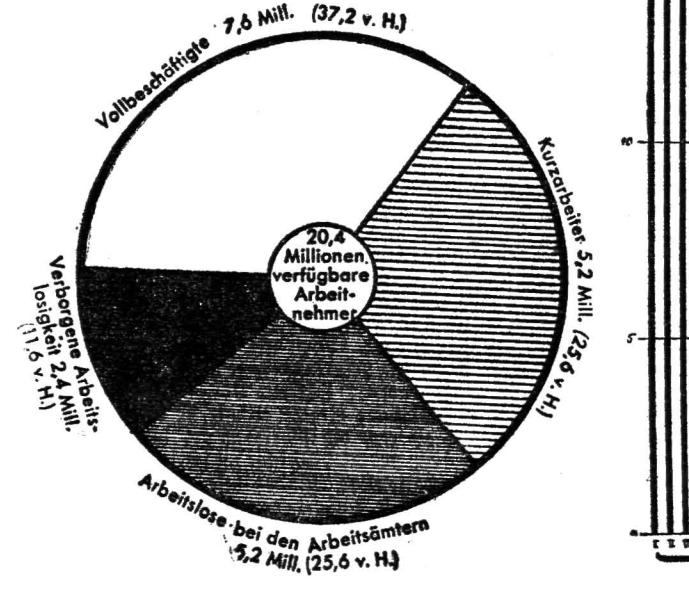
Die amtlichen Meldungen über den ununterbrochenen Rückgang der Arbeitslosigkeit müssen aber das stärkste Mißtrauen erwecken: wären diese Behauptungen richtig, wäre wirklich die Arbeitslosenzahl in sieben Monaten um 1 Million zurückgegangen, dann hätten auch die Arbeiter etwas von diesem Aufschwung der Beschäftigung gespürt! Dies ist aber nicht der Fall.

Die gewerkschaftliche Arbeitsmarktstatistik läßt keinen nennenswerten Rückgang der Arbeitslosigkeit erkennen. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern waren arbeitslos:

| Monat | In sämtl. Berufen | In der Konjunkturgruppe |
|-----------|-------------------|-------------------------|
| Februar | 4,9 | 35,7 |
| März | 44,2 | 36,4 |
| April | 44,5 | 36,7 |
| Mai | 43,9 | 36,8 |
| Juni | 43,6 | 37,0 |
| Juli | 44,4 | 38,0 |
| August | 44,5 | 38,1 |
| September | 44,1 | 37,6 |

Die Monatsausweise der Arbeitsämter geben ein verhältnismäßig Bild der Lage des Arbeitsmarktes, weil sie nicht sämtlich Arbeitslose erfassen. Neben der offiziell anerkannten Arbeitslosigkeit hat sich in den letzten Jahren eine unsichtbare Arbeitslosigkeit gebildet, um die sich die amtliche Statistik ebenenwenig kümmert wie die Arbeits- und Wohlfahrtsämter. Den allmählichen Aufstieg und die gegenwärtige Stärke dieses irregulären Arbeitslosenheeres kann man mit ausreichender Genauigkeit ermitteln, wenn man nicht von den Listen der Arbeitsämter, sondern von der tatsächlichen Zahl der Arbeitnehmer im Deutschen Reich ausgeht.

Im Juni 1925 fand in Deutschland eine allgemeine Berufszählung statt. Sie hat nachgewiesen, daß es



im Reich rund 19,6 Millionen (beschäftigte und arbeitslose) Arbeitnehmer gab, und zwar:

| |
|--|
| 14,4 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen, |
| 3,6 Millionen Angestellte, |
| 1,6 Millionen Hausangestellte. |

Auf Grund der Angaben über die Bevölkerungsbewegung kann die Zahl der Arbeitnehmer für die nachfolgenden Jahre fortgeschrieben werden. Das Statistische Reichsamt hat die notwendigen Berechnungen durchgeführt und ist zum Ergebnis gekommen, daß die Zahl der Arbeitnehmer Anfang 1928 20,7 Millionen, Anfang 1929 21,0 Millionen, Anfang 1930 21,1 Millionen, Anfang 1931 ebenfalls 21,1 Millionen, Anfang 1932 21,0 Millionen und Anfang 1933 20,8 Millionen betragen soll.

Nach dieser Schätzung waren im August dieses Jahres rund 20,9 Millionen Arbeitskräfte vorhanden. Tatsächlich war aber die Zahl der Arbeitnehmer im Lande höher, weil die Krise Hundert-tausende von früheren Selbständigen proletarisiert und in Arbeitnehmer — sei es arbeitslos — verwandelt hat.

Von der Zahl der Arbeitnehmer sind allerdings die arbeitsunfähigen Kranken und Wöchnerinnen abzutziehen. Nach der Statistik der Krankenkassen waren im August d. J. 2,6 v. H. aller Versicherten wegen Erkrankung arbeitsunfähig. Der Wirtschaft stand also etwa 20 345 000 Arbeitskräfte (ohne den Zustrom der neuen Arbeitskräfte der proletarisierten Schichten zu berücksichtigen) zur Verfügung.

Wie viele von ihnen waren regelrecht beschäftigt? Die amtliche Statistik nennt die Zahl: 12 755 000. Diese Zahl ist auf Grund einer ziemlich komplizierten Methode gewonnen. Die Zahl der gegen Krankheit pflichtversicherten Mitglieder der Krankenkassen wird mit der Zahl nichtkrankenversicherungspflichtiger Angestellten in der Arbeitslosenversicherung zusammengezogen. Der Summe werden die arbeitsunfähigen Kranken und Wöchnerinnen und die von den Arbeitsämtern gegen Krankheit versicherten Hauptunterstützungsempfänger abgezogen. Auf diese Methode kann man sich verlassen.

Jetzt können wir den wirklich en Umfang der Arbeitslosigkeit ermeßen:

| | |
|----------------------------|------------|
| Verfügbare Arbeitskräfte | 20 345 000 |
| Beschäftigte Arbeitskräfte | 12 755 000 |

Arbeitslose: 7 590 000

oder rund 7,6 Millionen. Wir hatten also im August nicht 5,2 Millionen, sondern etwa 7,6 Millionen Arbeitslose. Neben der offiziellen Arbeitslosigkeit bei den Arbeitsämtern besteht noch eine unoffizielle, unsichtbare, verborgene Arbeitslosigkeit, die etwa 2,4 Millionen Menschen umfaßt. Dieses zweite Arbeitslosenheer setzt sich aus Arbeitnehmern zusammen, die aus den Listen der Unterstützungsempfänger ausgeschlossen sind und jede Hoffnung verloren haben, durch die Vermittlung des Arbeitsamtes zu Arbeit zu kommen.

Es gibt aber noch eine andere unsichtbare Arbeitslosigkeit — sie verbirgt sich hinter den Zahlen der Beschäftigten. Nach den Berichten der Gewerkschaften standen im August 1932 39,4 v. H. ihrer beschäftigten Mitglieder in Kurzarbeit. Auf die Gesamtzahl der Beschäftigten bezogen, bedeutet dieser Prozentsatz, daß es im Lande etwa 5,2 Millionen Kurzarbeiter gab.

Die Gesamtzahl der verfügbaren Arbeitskräfte gliederte sich also im Stichmonat wie folgt:

| | In Millionen | In v. H. |
|-----------------------------------|--------------|----------|
| Vollbeschäftigte | 7,6 | 37,2 |
| Kurzarbeiter | 5,2 | 25,6 |
| Arbeitslose bei den Arbeitsämtern | 5,2 | 25,6 |
| Verborgene Arbeitslosigkeit | 2,4 | 11,6 |

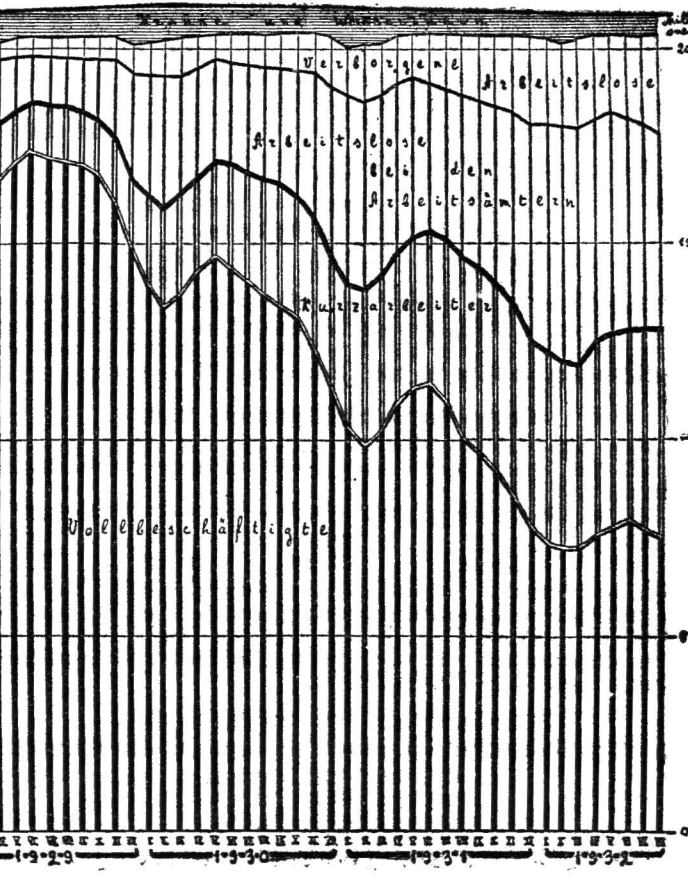
Arbeitnehmer insgesamt: 20,4 100,0

Es gibt im Lande etwa soviel arbeitslos wie vollbeschäftigte; die verfügbare Arbeitskraft, die einzige Quelle des Volksreichtums und -wohlstandes, wird etwa um 55 v. H. ausgenutzt (s. Diagramm 1).

Diese katastrophale Lage hat sich allmählich entwickelt: seit Sommer 1929 sinkt ununterbrochen die Zahl der Vollbeschäftigten, während die Zahlen der Kurzarbeiter und Arbeitslosen emporeilen. Hand in Hand mit der Verschlechterung des Unterstützungsrechtes der Arbeitslosen steigt die verborgene Arbeitslosigkeit. Das Diagramm 2 gestattet, diesen Prozeß von Monat zu Monat zu verfolgen. Es zeigt, daß in diesem Falle keine Rede von zufälligen statistischen Anstimmigkeiten und Abweichungen sein darf. Die Zahlen, auf denen das Diagramm beruht, sind für jeden Monat genau auf dieselbe Weise berechnet worden, wie sie im Text für den Stichmonat August 1932 ermittelt worden sind. Selbstverständlich können sie nicht volle Genauigkeit beanspruchen, und es wäre nicht schwer, verschiedene Fehlerquellen zu nennen, die die eine oder andere Kurve des Schaubildes um ein paar Millimeter nach oben oder unten verschieben könnten. Es besteht aber eine eiserne Logik in der übereinstimmenden Abwärtsbewegung der drei Kurven, die auf dem Schaubild die vier Schichten der Arbeitnehmer trennen: Vollbeschäftigte, Kurzarbeiter, Arbeitslose bei den Arbeitsämtern und verborgene Arbeitslose.

Die Kapitalisten nennen sich Arbeitgeber. Diese ihre Bezeichnung wird auch offiziell anerkannt. Sie sollen dem Volk die Arbeit geben. Dies ist die Berechtigung ihres Namens und ihrer bevorzugten Stelle. „Wer Arbeit gibt ist sozial“, schreibt die Regierungsprese. Unser Diagramm zeigt, wie die Kapitalisten diese ihre Pflicht dem Volke gegenüber erfüllt haben und wie sich das gesamte kapitalistische System in den letzten Jahren bewährt hat.

2. Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Deutschland seit Anfang 1929



Rundschau

Die Buchkarte — eine sehr zeitgemäße Einrichtung. Bücher und Zeitschriften sind fundamentale Bausteine zum Aufbau jeder Bildungsarbeit...

Aus diesen Erwägungen heraus hat die Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ein Buchkartensystem geschaffen...

Keine literarische Bevormundung, keine regelmäßigen drückenden Verpflichtungen, keine umständliche Verrechnung und Verwaltung...

Die Verlags-Gesellschaft des ADGB, Berlin SW 19, In der Leipziger Straße 6 a, stellt Interessenten gern Prospekte zur Verfügung...

Das ganze System ist zur Bequemlichkeit der Teilnehmer auf die Mitarbeit von Vertrauensleuten aufgebaut. Kollegen, die sich zur Verfügung stellen wollen, werden gebeten, sich mit der Verlags-Gesellschaft in Verbindung zu setzen...

Schallplatte „Leipart spricht“. Leiparts Eröffnungsrede anlässlich der öffentlichen Tagung der beiden Bundesausschüsse des ADGB und des IFA-Bundes im Sitzungssaal des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates in Berlin am 18. Oktober 1932 wurde auf Schallplatten aufgenommen...

Streifbühl für die deutsche SPD. Die kürzlich veröffentlichten Beschlüsse des Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale lassen wieder einmal das Ende des Kapitalismus nahe sein...

Wie der Regierungsrat Hitler sein Gehalt verdient. Der „Volksfreund“, das sozialdemokratische Blatt in Braunschweig, kommt auf das Interview des braunschweigischen Regierungsrats Hitler mit einem Vertreter des Pariser „Deuore“ zu sprechen...

Mit der Not ist es nicht so schlimm! Wir sind eigentlich furchtbare Verbrecher, wenn wir die Menschen ihr Elend erkennen lassen. Dadurch wird es gewiß besser. Aber ist es denn mit der Not überhaupt so schlimm?

„Die Welt ist unvollkommen und wird ewig so bleiben!“ So heißt es da. „Der Schöpfer hat es eben so gewollt!“ „Da kommt die christliche Lehre und spendet Trost für das, was der arme irdische Gütern entbehren muß: Mein Reich ist nicht von dieser Welt!“

Hitler ein mongolischer Mischling? Die Nationalsozialisten stellen bekanntlich die nordisch-germanische Rasse als den Edestyp der Menschheit hin. Ueber die Rasse, der Hitler angehört, ist schon oft gestritten worden...

„Zwei Kumpel“. Erzählung aus den sozialen Kämpfen im Ruhrrevier von G. Werner. 240 Seiten. Gebunden in Ganzleinen 2,70 Mark. Verlag: „Die Knappschicht“, Berlin-Steglitz, Flemingstraße 13.

„Die Kulturentwickelung der Gewerkschaften“. Von Theodor Leipart. Berlin 1932. Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 22 Seiten. Preis 40 Pfennig, Organisationspreis 30 Pfennig.

„Berta Selinger: Herz in Flammen. Frauenroman. 216 Seiten. Ganzleinen, in Buchhülle. Buchausstattung von Jan Tschichold. Verlag: Der Buchvertrieb, G. m. b. H., Berlin SW 61. 1932. Preis 4,30 Mark (österreichische Schilling 8,60, tschechische Kronen 35).“

„Die Gemeindef“. Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag: S. H. W. Dieß, Nachfolger, Berlin SW 68. Bezugspreis monatlich 60 Pfg. Zu beziehen durch alle Postämter und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

„Frauenwelt“. Halbmonatsschrift. Ausgabe A Preis 35 Pfg., Ausgabe B (mit Schnittmusterbogen) 45 Pfg. Verlag: S. H. W. Dieß, Nachfolger, Berlin SW 68. Bestellungen bei allen Postämtern und Buchhandlungen.

„Gehundheit“. Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. wird kostenlos an den Kassenschaltern verteilt.

„Der verregnete Spiegel“. Der tschechische Dichter Jan Olbracht hat sich sehr reich an guten literarischen Romanen gemacht. In seinem neuen Buch „Der verregnete Spiegel“...

„Jahrbuch 1931 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“. Berlin 1932. Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin SW 14. 325 Seiten. Gebunden 6,80 Mark, kartoniert 6 Mark. Organisationspreis gebunden 5,10 Mark, kartoniert 4,50 Mark.

„Ein neues Reisebuch brachte die Böhmergilde Gutenberg im 3. Quartal 1932 heraus: „Jagd durch das tausendjährige Land“ von Armin L. Wegner in Leinen gebunden 2,70 Mark. Dieses mit vielen Bildern ausgestattete Buch bewirkt erneut den Wert der bisherig beschwingten Reportage...

Neue Bücher und Zeitschriften

„Die Gefahren der Fitterwachen“ ist der Titel einer Schrift von Dr. Artur Müller. Verlag Hans Schwesig Nachf. Kurt Ronninger, Leipzig C 1, Perthesstraße 10. Preis gebunden 1,50 Mark, gebunden 2,50 Mark.

Bücher erglänze: Theresie Etienne. John Knittel, Verfasser. Preis in Leinen gebunden 2,70 Mark. Der Roman „Theresie Etienne“ führt in die Heimat John Knittels, in die Schweiz. Es ist kein Zufall, daß er diesen Roman in deutscher Sprache geschrieben hat...

Der verregnete Spiegel. Der tschechische Dichter Jan Olbracht hat sich sehr reich an guten literarischen Romanen gemacht. In seinem neuen Buch „Der verregnete Spiegel“...

„Jahrbuch 1931 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“. Berlin 1932. Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin SW 14. 325 Seiten. Gebunden 6,80 Mark, kartoniert 6 Mark. Organisationspreis gebunden 5,10 Mark, kartoniert 4,50 Mark.

„Ein neues Reisebuch brachte die Böhmergilde Gutenberg im 3. Quartal 1932 heraus: „Jagd durch das tausendjährige Land“ von Armin L. Wegner in Leinen gebunden 2,70 Mark. Dieses mit vielen Bildern ausgestattete Buch bewirkt erneut den Wert der bisherig beschwingten Reportage...

„Die Kulturentwickelung der Gewerkschaften“. Von Theodor Leipart. Berlin 1932. Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 22 Seiten. Preis 40 Pfennig, Organisationspreis 30 Pfennig.

„Berta Selinger: Herz in Flammen. Frauenroman. 216 Seiten. Ganzleinen, in Buchhülle. Buchausstattung von Jan Tschichold. Verlag: Der Buchvertrieb, G. m. b. H., Berlin SW 61. 1932. Preis 4,30 Mark (österreichische Schilling 8,60, tschechische Kronen 35).“

„Die Gemeindef“. Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag: S. H. W. Dieß, Nachfolger, Berlin SW 68. Bezugspreis monatlich 60 Pfg. Zu beziehen durch alle Postämter und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

„Frauenwelt“. Halbmonatsschrift. Ausgabe A Preis 35 Pfg., Ausgabe B (mit Schnittmusterbogen) 45 Pfg. Verlag: S. H. W. Dieß, Nachfolger, Berlin SW 68. Bestellungen bei allen Postämtern und Buchhandlungen.

„Gehundheit“. Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. wird kostenlos an den Kassenschaltern verteilt.

„Der verregnete Spiegel“. Der tschechische Dichter Jan Olbracht hat sich sehr reich an guten literarischen Romanen gemacht. In seinem neuen Buch „Der verregnete Spiegel“...

„Jahrbuch 1931 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“. Berlin 1932. Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin SW 14. 325 Seiten. Gebunden 6,80 Mark, kartoniert 6 Mark. Organisationspreis gebunden 5,10 Mark, kartoniert 4,50 Mark.

„Ein neues Reisebuch brachte die Böhmergilde Gutenberg im 3. Quartal 1932 heraus: „Jagd durch das tausendjährige Land“ von Armin L. Wegner in Leinen gebunden 2,70 Mark. Dieses mit vielen Bildern ausgestattete Buch bewirkt erneut den Wert der bisherig beschwingten Reportage...

„Die Kulturentwickelung der Gewerkschaften“. Von Theodor Leipart. Berlin 1932. Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 22 Seiten. Preis 40 Pfennig, Organisationspreis 30 Pfennig.

„Berta Selinger: Herz in Flammen. Frauenroman. 216 Seiten. Ganzleinen, in Buchhülle. Buchausstattung von Jan Tschichold. Verlag: Der Buchvertrieb, G. m. b. H., Berlin SW 61. 1932. Preis 4,30 Mark (österreichische Schilling 8,60, tschechische Kronen 35).“

„Die Gemeindef“. Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag: S. H. W. Dieß, Nachfolger, Berlin SW 68. Bezugspreis monatlich 60 Pfg. Zu beziehen durch alle Postämter und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

„Frauenwelt“. Halbmonatsschrift. Ausgabe A Preis 35 Pfg., Ausgabe B (mit Schnittmusterbogen) 45 Pfg. Verlag: S. H. W. Dieß, Nachfolger, Berlin SW 68. Bestellungen bei allen Postämtern und Buchhandlungen.

„Gehundheit“. Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. wird kostenlos an den Kassenschaltern verteilt.

„Der verregnete Spiegel“. Der tschechische Dichter Jan Olbracht hat sich sehr reich an guten literarischen Romanen gemacht. In seinem neuen Buch „Der verregnete Spiegel“...

„Jahrbuch 1931 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“. Berlin 1932. Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin SW 14. 325 Seiten. Gebunden 6,80 Mark, kartoniert 6 Mark. Organisationspreis gebunden 5,10 Mark, kartoniert 4,50 Mark.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

Samstag, 11. Dezember. In Hirschberg um 14 Uhr in der „Alten Hoffnung“. Mitgliedsbücher mitbringen! Anschließend Auszahlung der Wohlfahrts-gelder.

In Stettin (Sektion Steinseker) um 9.30 Uhr bei Bartelt, Ede Barnimer und Pionierstraße. Wichtig, Kollege Linke, Leipzig, ist anwesend.

Sonntag, 18. Dezember. In Kolberg um 9 Uhr bei Gühse, Stettiner Straße. Mitgliedsbücher zur Kontrolle mitbringen!

Das Jahr 1932 schließt mit 53 Wochen ab. Im Mitgliedsbuch oder auf der Interimskarte sind demnach für das Jahr 1932 53 Marken fällig. Kein Verbandsmitglied, kein Kassierer übersehe das.

Kollege, hast du schon einen Verbands-Zaschentalender für 1933? Diese schon oft wiederholte Frage ist sehr berechtigt, wenn man die bisherigen Verbandsmitglieder der Kalender nach den Zahlstellen der einzelnen Gauen im Vergleich stellt mit deren Mitgliederzahl.

Verlorene Mitgliedsausweise. In Weissenstadt das Verbandsbuch Nr. 41 051 für Emil Hager, Steinmeß.

Adressenänderungen

- 1. Gau: Goldap (Ostpreußen). Vors.: Willi Dreyer, Blumenstraße 45. Kass.: Gustav Elsner, Schulstraße 12. 10. Gau: Oheim. Vors.: Konrad Sandrock, Steinrichter, Malsfeld, Bezirk Rassel.

Briefkasten

Kr. Wenn die Tochter von Dir Lohn bekommt, wird sie nicht auf Deine Lohnsteuerermäßigung angerechnet werden können; sie ist sogar einkommensteuerpflichtig, da sie das 18. Lebensjahr überschritten hat.

Dt. Unser bürgerliches Recht unterscheidet drei Arten von Geschäftsfähigkeit, nämlich unbeschränkte Geschäftsfähigkeit, Geschäftsunfähigkeit und beschränkte Geschäftsfähigkeit.

Kabat. Wer weigert ein Zeuge ohne gesetzlichen Grund das Zeugnis, so wird er bestraft und hat die durch die Weigerung verursachten Kosten zu tragen.

Anzeigen

Nicht viel Kleinigkeiten dafür ein wertvolles Weihnachtsgeschenk eine Nähmaschine ab 141 RM (Zahlungserleichterung)

ein Fahrrad ab 62 RM Kinderräder usw. Verlangt Gratiskatalog!

LINDCAR-FAHRADWERK AG BERLIN-LICHTENRADE Unternehmen der freien Gewerkschaften

Geforben (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

Dümminghausen. Am 7. November der Gesteins-Bohrer Wilh. Dillenböfer, 45 Jahre alt, tödlich verunglückt. Bergedorf. Am 9. November der Rammer Heiner. Voigt, 63 Jahre alt, Herzschlag.

Kirchenlamitz. Am 18. November der Granitschleifer Herm. Ködel, 31 Jahre alt, 3 Wochen krank, Blutvergiftung. Hohburg. Am 23. November der Pfistersteinmacher Ernst Kropp, 69 Jahre alt, 6 Monate Magenerkrankung.

Demitz-Thumitz. Am 23. November der Granitsteinmetz Emil, Max Schuster, 56 Jahre alt, Herzschlag. EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold. Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.